

# NEWSTICKER

Ausgabe 4 / 2017

19. Mai 2017

Wir Privaten.  
Ihre Pflegeprofis.



## PKM: Private Pflege braucht Unterstützung durch Mittelstandspolitik

Rainer Brüderle, Bernd Meurer und Burchard Führer trafen sich mit Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**In einem Parlamentariergespräch mit Mitgliedern des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PKM) hat bpa-Arbeitgeberverbandspräsident Rainer Brüderle auf die überragende Rolle des Mittelstands in der Pflege und die Bedeutung der privaten Anbieter hingewiesen.**

bpa-Präsident Bernd Meurer beschrieb die Folgen des Pflegestärkungsgesetzes III für das unternehmerische Handeln und die Strukturen in dem bisher mittelständisch geprägten Pflegemarkt. Dieses Gesetz werde ohne auskömmlichen Wagnis und Gewinn zu einer Konzentrationswelle in der Pflege führen. Burchard Führer, Geschäftsführer der Führer-Gruppe und Vorstandsmitglied im bpa-Arbeitgeberverband ergänzte, dass es für zahlreiche familiengeführte Einrichtungen beinahe wöchentliche Übernahmeangebote gebe.

In der Diskussion u.a. mit dem PKM-Vorsitzenden Christian von Stetten, MdB, dem wirtschaftspolitischen Sprecher Joachim Pfeiffer, MdB sowie dem pflegepolitischen Sprecher Erwin Rüdell, MdB wurden auch die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der PSG III-Regelung oder des Pflegeberufgesetzes thematisiert. Alles dies führt entweder zu höheren Beitragssätzen und/oder höheren Preisen für Pflegebedürftige. Dies führe zu negativen Beschäftigungswirkungen in der gesamten Volkswirtschaft.



Die anwesenden Abgeordneten sagten zu, dass sie sich dafür einsetzen, die Rolle von Markt und Wettbewerb und die Bedeutung der privaten Anbieter für eine zukunftsfähige Pflege im CDU/CSU-Bundestagswahlprogramm aufzunehmen.

Ebenfalls bestand Einigkeit, dass 16 unterschiedliche Landesregelungen, Pflege verteuern und überbürokratisieren. Auch hier müsse man in der kommenden Legislaturperiode ansetzen.

Generell müssten die Handlungsspielräume für private Unternehmer in der Pflege wieder erweitert werden. Da passten allgemeinverbindlich erklärte Flächentarifverträge nicht in die Landschaft.

Die Runde vereinbarte sich abschließend auf ein weiteres Gespräch im Herbst dieses Jahres.